



Ende und Verfall des öffentlichen Lebens*

Teil 1

von Brigitte Pick

„Bis vor wenigen Jahrzehnten war die Welt noch überschaubar: es gab private Wirtschaftssektoren und öffentliche. Zu den privaten Sektoren zählten - außer in den sozialistischen Ländern - die Landwirtschaft, der größte Teil des Wohnungsbaus, das Handwerk und die meisten Industriebetriebe. Zu den öffentlichen Sektoren zählten - neben der öffentlichen Verwaltung, Polizei und Justiz - das Gesundheits- und das Erziehungswesen sowie die Anlagen im Verkehrssektor (Straßen, Häfen, Flughäfen). Auch Infrastrukturbereiche wie Wasser, Abwasser und Müll, Stromversorgung, Post, Telefon und Eisenbahn sowie der Bergbau waren meist in öffentlicher Hand. Diese überschaubare Einteilung wurde in Deutschland seit den 60-er Jahren zunehmend verwässert. Schlagzeilen machte zunächst die Teilprivatisierung von VW, später die Abspaltung der Telekommunikationsdienste von der (öffentlichen) Post, dann die Zulassung privater Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie privater Eisenbahnen. Inzwischen gibt es in Deutschland sogar mehr private als öffentliche Polizisten! Um dies zu verbergen, heißen sie natürlich nicht „Polizisten“, sondern Wachmänner oder Sicherheitsdienste.“¹

* So hieß 1977 das Buch des US-Soziologen Richard Sennett. Es gilt als Klassiker der Soziologie. „Das Erziehungssystem produziert nach Ansicht Sennetts zu viele hochqualifizierte potenzielle Arbeitskräfte. Tatsächlich könnte nämlich die Wirtschaft mit einer kleinen Elite und der zunehmenden Automatisierung funktionieren. Etwa 30 Prozent der gesamten Arbeitskraft eines Industrielandes würden ausreichen, um die Ökonomie aufrechtzuerhalten. Bei den übrigen 70 Prozent stellt sich daher ein Bewusstsein über ihre Nutzlosigkeit ein. Der un- und unterbeschäftigte Teil der Bevölkerung, der in der Kultur des Neuen Kapitalismus marginalisiert wird, müsste laut Sennett, durch neuartige Beschäftigungsverhältnisse, vor allem im sozialen Bereich wieder „nützlich“ gemacht werden. „Talent und das Gespenst der Nutzlosigkeit“ sind die Themen des zweiten Kapitels.

Im dritten Kapitel zeigt Sennett auf, wie Politik sowohl auf Angebotsseite als auf Nachfrageseite zu einem Geschäft, zu einer Ware wird. Das Politik-Geschäft und seine Produkte (Wahlprogramme, Gesetze, Entscheidungen etc.) sind demzufolge von der Kultur des Neuen Kapitalismus durchdrungen. Auch hier geht es mehr um schnelle Entscheidungen als um Information und ausführliche Debatten. Die Bürger werden zu Politik-Konsumenten. Wie Markenartikel geben sich Parteien ein Image und machen Marketing, um prinzipielle Austauschbarkeit untereinander zu verschleiern.“ (Wikipedia)

¹ Dr. Johannes Bickel: Privatisierung-vorteilhaft oder riskant? <http://www.globalisierung-online.de/info/text4.php>

Einiges ist augenfällig, anderes entdeckt man erst auf den 2. Blick. Der Staat lagert immer mehr Bereiche in den privaten Sektor aus oder verscherbelt sein „Tafelsilber“. Er meint dadurch, zu sparen und argumentiert neoliberal: Wir müssen den Staat verschlanken, der Markt kann das besser. Dass dies eine Mogelpackung ist, bemerkt man angeblich später. Im Augenblick will man Griechenland zwingen, seinen staatlichen Besitz zu verhökern: Die Flughäfen, die Energieversorgung etc. Die Auflagen im Zusammenhang mit Krediten der Weltbank und des IWF sind unerbittlich. Die Bevölkerung wehrt sich vehement.

Deregulierung und Cross-Border-Leasing

Wer steht dahinter und wem nützt das? Eine der Antworten findet man in der Konstruktion der EU und der WTO.²

„Die Deregulierungspolitik fand ihren Niederschlag zunächst in der Herstellung des Binnenmarkts in der EU. Sie wurde dann fortgesetzt im GATS, dem Dienstleistungsvertrag der Welthandelsorganisation/ WTO, der unter dem Einfluss starker Wirt-



©Foto: Claudia Hautumm / www.pixelio.de

schaftsverbände der EU und der USA erarbeitet wurde und 1995 in Kraft trat. Dort werden als eine von vier Dienstleistungsarten die Direktinvestitionen im Ausland behandelt, die häufig zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Körperschaften insbesondere in den so genannten Entwicklungsländern führen. Gegenwärtig wird sogar über eine weitere Verschärfung des GATS verhandelt.“³

² Die Welthandelsorganisation (englisch World Trade Organization, WTO; französisch Organisation mondiale du commerce, OMC; spanisch Organización Mundial de Comercio, OMC) ist eine internationale Organisation mit Sitz in Genf, die sich mit der Regelung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen beschäftigt. Sie wurde am 15. April 1994 aus dem General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) in der Uruguay-Runde nach siebenjähriger Verhandlungszeit gegründet. Am 1. Januar 1995 nahm sie ihre Arbeit in Genf auf. Die WTO ist neben dem IWF und der Weltbank eine der zentralen internationalen Organisationen, die Handels- und Wirtschaftspolitik mit globaler Reichweite verhandelt. Wirtschaftspolitisch verfolgt die WTO eine neoliberale Außenhandelspolitik, die mit Deregulierung und Privatisierung einhergeht. (Wikipedia)

³ ders.

Das Cross-Border-Leasing galt als Renner in etlichen Kommunen der Republik, versprach es doch kurzfristige Einnahmen für die Gemeindekassen, ein kurzfristiges Geschäft, am Rande der Legalität. CBL wurde in den USA entwickelt. Deren steuerliche Regelungen erlauben es, langfristige Miete wie Eigentum zu behandeln.

Etwa 150 deutsche Städte haben solche Geschäfte abgeschlossen. Es werden kommunale Klärwerke, Kanalsysteme, Heizkraftwerke, Trinkwassersysteme, Straßenbahnen und U-Bahnen, Schienennetze, Messehallen und Schulen an US-Firmen über eine Laufzeit von bis zu 100 Jahren vermietet und sogleich wieder zurückgemietet. Der amerikanische Investor zahlt für die gesamte Mietzeit den Mietzins in einem Betrag voraus. Das gilt in den USA als „Investition“ und ermöglicht Abschreibungen, ein profitables Geschäft. Die Gemeinde mietet die Anlage für eine wesentlich kürzere Laufzeit zurück und erhält die Möglichkeit, nach Ablauf der Mietzeit die Anlage wieder zurück zu kaufen. Den Mietzins für die gesamte Laufzeit zuzüglich Rückkaufswerts stellt die Gemeinde aus den vom amerikanischen Investor erhaltenen Mietvorauszahlungen einer Bank zur Verfügung. Diese bezahlt davon die laufende Miete an den amerikanischen Investor und nach Ende der Mietzeit den Rückkaufwert.



©Foto: Rainer Sturm / www.pixelio.de

„Sowohl „Mieter“ als auch „Vermieter“ können also bei dieser Konstruktion den Leasinggegenstand steuerlich abschreiben und erzeugen hierdurch steuerlich abziehbaren Aufwand. Da die amerikanische Seite die Abschreibung ohne reale Anschaffungskosten verbuchen kann, handelt es sich um ein reines Steuersparmodell. Einen Teil der Steuerersparnis teilt die amerikanische Seite mit dem Leasingnehmer. Die Kommune bekommt maximal zwei bis acht Prozent des gesamten Transaktionsvolumens, den so genannten „Barwertvorteil“.

Das Risiko einer etwaigen Veränderung der US-amerikanischen Steuergesetzgebung, inklusive einer vollständigen Verpflichtung, für diesen Fall dem amerikanischen Partner den vollen entgangenen Gewinn zu ersetzen, von vornherein zu Lasten der Kommunen in den Vertrag aufgenommen wurde, holt nun die Gemeinden ein. Vertragliche Rückzahlungen betragen oft ein Mehrfaches der einst gewonnenen „Barwertvorteile“. Und so kam es: Im Jahre 2005 hat die amerikanische Finanzverwaltung festgelegt, dass die bisherigen Leasingtransaktionen grundsätzlich als missbräuchliche Steuerumgehung anzusehen sind.⁴

Bei den Cross-Border-Leasing-Geschäften hatte die BVG in Berlin insgesamt 937 Fahrzeuge der Straßen- und der U-Bahn an amerikanische Gesellschaften verkauft oder vermietet und sofort wieder günstiger zurückgemietet. Dabei nutzten beide Seiten die damalige amerikanische Steuergesetzgebung, die zu einer Ersparnis in Amerika führte, die sich die Vertragspartner dann teilten. Im November 2008 wurde eine Risikovorsorge von 157 Millionen Euro in die Bilanz der BVG aufgenommen, um mögliche Schäden abzudecken. „ (...) 2007 hatte die BVG als Sicherheit Wertpapiere des Typs "Collateralized Debt Obligation" akzeptiert, die heute als "Schrottpapiere" gelten. Falls ihre Partner ihren Anteil nicht mehr tragen können, droht theoretisch ein Totalausfall, der die BVG betreffen könnte. Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) verteidigte das Geschäft. Das Risiko sei nicht absehbar gewesen.“⁵ Das es sich um „Luftgeschäfte“ handelte kommt ihm nicht in den Sinn.



⁴ Alle Angaben nach Wikipedia Stichwort Cross-Border-Leasing

⁵ Peter Neumann in der Berliner Zeitung vom 14.11.2008 Jetzt drohen hohe Verluste .Der Rechtsstreit läuft weiter: Im Rechtsstreit mit der US-Bank JP Morgan haben die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) in London die erste Runde verloren. Der Royal Court of Justice stellte fest, dass das Gerichtsverfahren in der britischen Hauptstadt und nicht wie von der BVG verlangt in Deutschland ausgetragen werden soll. JP Morgan fordert von der BVG umgerechnet rund 80 Millionen Euro, weil riskante Wertpapierdeals im Zusammenhang mit Cross-Border-Leasing-Geschäften zu Verlusten geführt haben. Die BVG fühlt sich von JP Morgan falsch beraten. "Wir begrüßen es, dass der Richter eine Berufung zugelassen und das Verfahren ausgesetzt hat", sagte die BVG-Sprecherin Petra Reetz. (pn.)" Peter Neumann in der Berliner Zeitung vom 16.7.2009

Private-Public-Partnerschaften – die neoliberale Art, Gewinne zu machen

Die neue Parole lautet seit 2001 Private-Public-Partnerschaften⁶ und auch hier fliegen die Kommunen reihenweise auf die Fresse.⁷

Private Unternehmen wollen Märkte erschließen und Gewinne machen. Öffentliche Einrichtungen sind jedoch nicht gewinnorientiert ausgelegt, sondern sollen einen Beitrag zur Daseinsfürsorge leisten. Somit sind PPP-Projekte nur versteckte Privatisierungen, die der öffentlichen Hand infrastrukturelle Gestaltungsmöglichkeiten wegnehmen und ihre Aufgaben ökonomisieren.

Die Welle der von den Neoliberalen gepriesenen PPP scheint in manchen Kommunen vorbei, wie in Frankfurt z.B.: „Nach Angaben des DGB Region Frankfurt-Rhein-Main jedenfalls kaufen "immer mehr Kommunen ihre privatisierten öffentlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge zurück. Diese Rekommunalisierung führt zu besseren und preisgünstigeren Ergebnissen." In Frankfurt sei man froh, Sozialwohnungen, U-Bahnen und andere kommunale Einrichtungen nicht an private Investoren verkauft zu haben, so die Gewerkschaft. "Weitere Privatisierungen werden von den politisch Verantwortlichen abgelehnt. Mehr noch: Die Mainova hat die Anteile von EON zurückgekauft." Eine erstaunliche Entwicklung, war doch die Privati-



©Foto: Klaus P. Schulz /www.pixelio.de

⁶ ders.: Neben dem vollständigen Verkauf öffentlicher Einrichtungen gibt es natürlich viele Mischformen der Kommerzialisierung bzw. der Public-Private-Partnerships: Managementverträge, Pachtverträge, Konzessionen, BOO- bzw. BOT-Verträge (build-own-operate bzw. build-operate-transfer) u.a. Sie unterscheiden sich durch die Dauer des Vertrages, die Art der Vergütung, die Verantwortung für Anlagenerweiterungen (Staat oder Investor), für die Preispolitik, die Beteiligung der Nutzer u.a.m. Den verhandelnden Unternehmen, meist Multis, gelingt es dabei oft, ihre Kosten gering zu halten und die Risiken auf die öffentliche Hand abzuwälzen.

⁷ In der südwestpfälzischen Ortsgemeinde Leimen wurde bspw. der Bäderpark von einer Privatfirma durch einen jährlichen Zuschuss von 400.000 Euro übernommen. Nachdem die Besucherzahlen ausblieben, wollte die Firma den doppelten Zuschuss, ansonsten so drohte sie an, in Insolvenz zu gehen. Die Gemeinde kaufte den Bäderpark wieder zurück und saß so wieder auf den Kosten. Der jährliche Zuschuss wurde nicht zurückfinanziert. Siehe auch <http://www.volksfreund.de/nachrichten/region/trier/Heute-in-der-Trierer-Zeitung-Stadt-preist-private-Partnerschaft;art754,24> vom 19.5.2010 von Christiane Wolf: Stadt preist private Partnerschaft und http://www.die-linke-trier.de/politik/kommentare/privatisierungen_unter_dem_deckmantel_der_oeffentlichen_hand/ von Linde Andersen - Marc-Bernhard Gleißner

sierung Frankfurter öffentlicher Einrichtungen in den 1990er Jahren ein Prestige-Projekt des Stadtkämmerers Tom Koenigs (Bündnis 90/Die Grünen), welches gegenüber Kommunen und Öffentlichkeit als Inbegriff der Effizienz vermarktet wurde. Doch selbst in Frankfurt ist man nicht vollständig auf die neoliberalen Verheißungen hereingefallen.“⁸

In Berlin möchte man die 1999 teilprivatisierten Wasserbetriebe zurück erwerben, nachdem man schon Bewag(Strom) und Gasag(Gas) veräußert hatte. Die Wasserwerke wurden zu 49,9% an die privaten Investoren RWE und Vivendi (heute Veolia) verkauft. „ Der Clou der Konstruktion ist, dass eine Anstalt öffentlichen Rechts einer privatrechtlichen organisierten Holding unterstellt wird und die privaten Anteilseigner auf die Geschäfte des Gesamtkonzerns großen Einfluss ausüben können.“⁹ Im einst geheimen Vertragswerk kann man heute - durch Volksentscheid erzwungen- nachlesen, dass das Land Berlin sich verpflichtet (§ 23), „bei Ereignissen, die den Gewinn der privaten Anteilseigner schmälern, einen finanziellen Ausgleich zu leisten.“¹⁰ Die Bevölkerung hat am 13.2.2011 einen erfolgreichen Volksentscheid durchgeführt. Die Berliner Wasserpreise sind die höchsten in der Republik. Sie stiegen nach der Teilprivatisierung um 35 %.¹¹

Nicht nur nach Ansicht von Attac dürfen Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge wie Bildungswesen, Verkehr, Gesundheitssektor, Energie- und Wasserversorgung nicht der Marktlogik überantwortet werden, da sie Aufgaben erfüllten, die über ökonomische Fra-



©Foto: Thomas Siepmann / www.pixelio.de

⁸ <http://www.nachrichten-cafe.de/2010/02/12/ende-privatisierung-kommunaler-unternehmen-public-private-pvom12.2.2010>

⁹ Miterecho 348/ Juli 2011: Kandidatin mit Vergangenheit von Benedict Chacon, S.12

¹⁰ ders. S. 13

¹¹ ders. S. 13

gen hinausgingen, und somit nicht nach Maßstäben von Rentabilität geführt oder beurteilt werden dürften. „Die Erfahrungen der Menschen mit Privatisierungen waren auch oft negativ: es kam zu Qualitätseinbußen, Preissteigerungen, bei den MitarbeiterInnen zu „prekären Beschäftigungsverhältnissen“, zur Entlassung von Tausenden von MitarbeiterInnen usw. Dass Privatisierungen den Wohlstand steigern und den Bürgern zugute kommen, wird durch die Praxis immer neu widerlegt. Schlagzeilen geliefert hat etwa die Pleite mit der Privatisierung der englischen Eisenbahn, der häufige Stromnotstand in Kalifornien oder in Deutschland der Pfusch privater Labors bei Fleischtests auf BSE. Ein weiteres Beispiel ist die Teilprivatisierung der Kölner Müllentsorgung, wo illegale Parteispenden, Kumpanei und Korruption einen undurchdringlichen Filz bildeten. Private Rundfunk- und Fernsehsendungen verlieren ständig an Niveau, vernachlässigen die Information und haben dazu geführt, dass auch die öffentlichen Medien ihren Informations- und Bildungsauftrag vergessen.“¹²

Oft werden öffentliche Einrichtungen aufgrund fehlender Mittel, die die Politiker mit ihren Steuersenkungen selber verursacht haben, zunächst kaputt gespart und dann privatisiert. Die öffentliche Hand ist jedoch dem Allgemeinwohl verpflichtet. Wasser, Gesundheit und Bildung werden zur Ware, aber die Armen können die Ware nicht mehr bezahlen.

„Bereits heute sind private Sponsoren in Schulen und Universitäten gang und gäbe geworden. Dafür werden natürlich Gegenleistungen erwartet und erbracht! Was ist, wenn Coca-Cola demnächst unsere Schule gehört? fragt Attac. Ob dann im Sachkundeunterricht weiter vor dem übermäßigen Genuss süßer Limonaden gewarnt wird? Die Freiheit der Forschung ist bereits heute tangiert, etwa in den Naturwissenschaften oder der Betriebswirtschaftslehre. Als der britische Professor Cormican die Bayer AG um finanzielle Unterstützung bei einem Forschungsprojekt bat, wurde er aufgefordert, vorher eine Erklärung zu unterzeichnen, wonach er seine Ergebnisse nur noch mit ausdrücklicher Genehmigung seines Geldgebers veröffentlichen würde.“¹³

Ganz unverhohlen äußert sich Thomas Letz von der IHK Berlin über das Sozialverantworfungs- Engagement CSR(Corporate Social Responsibility), das auch gut für das Geschäft ist:„Das Bewusstsein für die Art und Weise, in der Unternehmen wirtschaften, ist in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. Die wachsende Zahl von Firmen, die sich glaubwürdig engagieren und dies transparent machen, tun nicht nur etwas für die Gesellschaft, sondern verbessern auch ihre Position am Markt.“¹⁴ Firmenintern könne CSR Motivation und Gemeinschaftsgefühl stärken und damit den Profit. Das Spektrum

¹² Bickler a.a.O.

¹³ ders. a.a.O.

¹⁴ Sozialer handeln von Cay Dobberke im Tagesspiegel vom 28.7.2011

reicht vom fairen Handel über Sponsoring bis hin zu Einsätzen in Schulen oder Kitas. Unter dem Motto „Unternehmen bewegen Berlin“ hat die IHK eine CSR-Initiative gestartet inklusive einer Infobroschüre, um mehr Mittelständler zu werben.

Bei großen Unternehmen ist CSR selbstverständlich. Dussmann etwa sponsert die Staatsoper Unter den Linden. Die Wall AG gibt Geld und Werbeflächen für soziale Zwecke und fördert Kreuzberger Schüler mit Migrationshintergrund. Die Gegenbauer Holding unterstützt Museen, Kitas und Sportler und veranstaltet berufsvorbereitende Sommercamps für benachteiligte Schüler.¹⁵

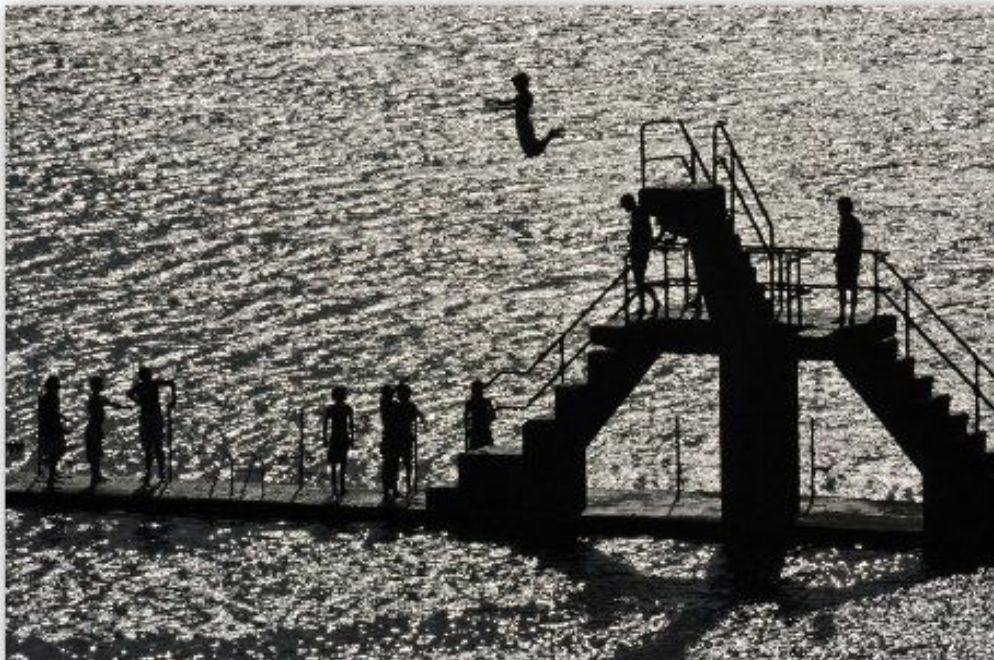


Nur das Individuum zählt

Der Mensch sieht sich heute ständig genötigt, Autonomie und die Fähigkeit zur Initiative zu demonstrieren. Er muss, um erfolgreich zu sein, handlungs- und entscheidungsstark sein. So predigt es die neoliberale Ideologie. Muße gilt nicht. So lautete 1998 das Buch des französischen Soziologen Alain Ehrenberg, das 2004 auch auf Deutsch erschien, „Das erschöpfte Selbst.“

„An die Stelle des Korsetts aus institutionellen Bindungen und moralischen Normen sind eine flexible, wettbewerbsorientierte, zunehmend prekäre Arbeitswelt und die unendlichen Möglichkeiten der privaten Lebensgestaltung getreten Während der Neuroti-

...im Kampf um Anerkennung



©Foto: Herbert Raschke / www.pixelio.de

¹⁵ ders.

ker vor hundert Jahren an einer repressiven Gesellschaftsordnung, mithin an der Frage „Darf ich das tun?“, irre wurde, wird man heute vom Ideal des eigenverantwortlich handelnden Subjekts an den Rand der pathologischen Erschöpfung getrieben. Weil sich fast jeder irgendwann von der Pflicht zur Selbstwerdung überfordert fühlt, häufen sich Depressionen, Burnout und Suchterkrankungen. „Bin ich in der Lage, das zu tun?“ ist zur modernen Frage avanciert, an der sich die seelische Gesundheit entscheidet.“¹⁶

„Das Ziel der „Selbstverwirklichung“ kann niemand alleine erreichen, wir alle sind in den „Kampf um Anerkennung“ verstrickt. Weil also der Mensch als Person mit Würde nur dank der Wertschätzung seiner Mitmenschen existiert, werden verletzte oder zerstörte Anerkennungsverhältnisse für Honneth zum Indiz, um systematische Fehlentwicklungen der modernen Gesellschaft zu diagnostizieren.“¹⁷

In England sieht man im August 2011 die Ergebnisse der von Maggi Thatcher eingeleiteten Politik. Der Staat sei als Teil des Problems zu sehen, nicht als seine Lösung. Man kannte nur noch Familien und Individuen: „There is no such thing like society.“¹⁸ Man schwor dem Staat ab, huldigte dem Individuum, das für sich selbst sorgen müsse. Die Märkte sollten alles richten. Es kam zu umfassenden Privatisierungen staatlicher Einrichtungen. Die Mittel für präventive Sozialpolitik wurden drastisch gekürzt.

Nun stehen sich extrem Reiche und arme Minderheiten gegenüber. „In den von Ausschreitungen betroffenen Bezirken Hackney, Haringey und Lambeth stehen Häuser mit Millionenwert neben Elendswohnungen. Die Menschen wohnen in derselben Strasse, sie nehmen denselben Bus - aber sie führen völlig unterschiedliche Leben.“¹⁹

Nach dem Tod eines vierfachen Familienvaters, der aus ungeklärten Motiven am 6.8.2011 von der Londoner Polizei erschossen wurde, kam es zu Krawallen mit Plünderungen und Brandschatzungen in London, die sich auf Manchester, Liverpool und Birmingham ausbreiteten. Ein Autofahrer überfuhr in Birmingham gezielt drei muslimische Einwanderer, die ihre Geschäfte vor Plünderern schützen wollten. In der vierten Nacht der Straßenschlachten wirken Gebiete wie im Krieg zerstört. Clapham und Brixton wurden geplündert. Eine Nachricht lautete über Blackberry Messenger: „Ungeschützte Läden werden zerschlagen. Also kommt, holt euch was (Gratis Zeug!!!). Scheiß auf die Bullen, wir schlagen mit UNSEREM Aufstand zurück! Stoppt den Viertel- und Farbenkrieg fürs Erste. Wenn Du einen Bruder siehst...Grüss! Wenn Du einen Bullen siehst ... SCHIESS!“²⁰

Der Mob ist brutal und kriminell. Er holt sich, was er sonst nicht bekommt, Markenturnschuhe, Flachbildschirme etc, ein hemmungsloser Konsumrausch. Unter den Festge-

¹⁶ zitiert aus: Das Individualismus-Gespenst von Marianna Lieder im Tagesspiegel vom 24.7.2011

¹⁷ Respekt muss sein von Angelika Brauer im Tagesspiegel vom 31.7.2011 (Rezension des Buches: Das Recht der Freiheit - *Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit*, Suhrkamp, Frankfurt/M. 2011 des Philosophen Axel Honneth, ehemaliger Assistent und Nachfolger von Jürgen Habermas am Institut für Sozialforschung der Goethe Universität Frankfurt a.M.)

¹⁸ Die Welt ist aus den Fugen von Tissy Bruns im Tagesspiegel vom 21.8.2011

¹⁹ Karneval des Konsumismus von James Miller im Tagesspiegel vom 14.8.2011

²⁰ ders.

nommenen finden sich auch eine Ballerina, ein Uni-Dozent und ein Makler. Das Chaos scheint attraktiv.²¹ Im gentrifizierten Londoner Stadtteil Nottinghill sollen Plünderer ein Restaurant überfallen haben, den Wohlsituierten ihre Teller genommen haben und alles, was sie an Werten bei sich trugen. Das ging blitzschnell. Die Ordnungsmacht hechelte den Ereignissen hinterher. Das gefürchtete Szenario wird über kurz oder lang auch andere Länder überfallen. Es war lange prognostiziert. Der Aufstieg des Individualismus scheint zum Niedergang der Gesellschaft zu führen: No Society. Der Gemeinsinn schwindet wie auch die Übernahme von Verantwortung.

Eine Freundin erzählt mir empört und gleichzeitig angstvoll von ihrem Ausflug in das Strandbad Wannsee in Berlin. Seit Jahren war sie nicht mehr da und radelte viele Kilometer von Charlottenburg in die Badewanne der Berliner an der Havel in Zehlendorf. Es ist Mitte Juli 2011. Ein schöner Tag. Sie mietet einen Standkorb, sucht sich ein Plätzchen abseits und entdeckt den idealen Platz direkt am Wasser. Gemietete Strandkörbe werden mit einem Fähnchen gekennzeichnet, andernfalls hat der Insasse nicht bezahlt. Als sie um die Ecke des Korbes lugt, sieht sie ihn besetzt von angetrunkenen adipösen Russen. Humorisch will sie reagieren, ob die Sonnenden sich nicht auch ein Fähnchen holen möchten, ansonsten würde sie gerne als Fähnchen-Besitzende Anspruch auf den Korb anmelden. Sie wird verhöhnt, gedemütigt, beleidigt und später auch bedroht als sie sich kampflös in einen anderen Strandkorb begibt. Schließlich sucht sie Hilfe beim Personal der Bäderbetriebe. Dem ist die Situation zu brenzlig, zu betrunken sind die Protagonisten. Es holt den Sicherheitsdienst. Der palavert, lässt die Angetrunkenen dort wo sie sind. Sie verweilen dort bis zum Nachmittag, ohne die Gebühren zu bezahlen. Die „Security“ hat auch noch verhöhrende Worte für meine Freundin, der nun vor Wut und Hilflosigkeit die Tränen kommen. Noch einmal spricht sie eine Frau vom Schwimmmeisterpersonal an. Die ist zwar zugewandt und freundlich, helfen kann sie nicht und bittet, an die Bäderbetriebe zu schreiben. „Sie glauben ja nicht, was wir hier alles erleben, aber machen können wird doch auch nichts.“ Verantwortung wird nicht wahrgenommen. Natürlich kann man sein Hausrecht wahrnehmen und „Störer“ des Bades verweisen, im Zweifel mit der Ordnungsmacht, der Polizei.



Ende des 1. Teils

Über die Autorin

*Brigitte Pick (*1946) studierte in Berlin Geschichte. Von 1969 bis 2005 war sie ohne Unterbrechung im Berliner Schuldienst tätig. 1970 wechselte sie an die Rütli-Schule in Berlin-Neukölln und übernahm deren Leitung 1983. Seit 2005 ist sie im Ruhestand.*

Veröffentlichungen:

- Pick, B. (2007): *Kopfschüsse. Wer PISA nicht versteht, muss mit RÜTLI rechnen.* Hamburg: VSA-Verlag
- Pick, B. (2011): *Kaktusküsse. Wer »Überflüssige« in der Schule aussortiert, darf sich über Hartz IV nicht beklagen.* Hamburg: VSA-Verlag (erschienen im Mai 2011)

Kontakt:

brigittepick@t-online.de

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag

Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht

www.magazin-auswege.de

auswege@gmail.com